

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 3
Fachbereich Fachbereichsleiter 6
Bearbeitet von: Michael Haas

Datum
20.03.03

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

09.04.2003

Rat

30.04.2003

Betreff:

**Umsetzung der Ordnungsbehördlichen Verordnung und Einrichtung einer Stadtwacht;
hier: Beschlüsse des Rates der Stadt Siegen vom 25.09.2002 (TOP 4.2)
und vom 27.11.2002 (TOP 4.1)**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis und schließt sich hinsichtlich der weiteren Vorgehensweise dem am Ende der Vorlage (Seite 5) gezogenen Fazit an.

Sachverhalt / Begründung:

Der Rat der Stadt Siegen hat die Verwaltung beauftragt, weitere Maßnahmen zur intensiveren Überwachung der Einhaltung der Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Siegen (insbesondere zur Kontrolle der Sauberkeit in den Fußgängerzonen) zu ergreifen. Eine Verstärkung der Präsenz im öffentlichen Raum soll durch eine Erweiterung der Aufgaben der Politessen und/oder einen zusätzlichen Personaleinsatz (Stadtwacht) auf ABM-Basis bzw. mit Hilfe des Förderungsprogramms „Arbeit statt Sozialhilfe“ erfolgen.

Einsatz von Politessen zur Überwachung der Einhaltung der Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Siegen

Auf Antrag der UWG-Fraktion hat der Rat der Stadt Siegen in seiner Sitzung am 25.09.2002 die Verwaltung beauftragt, die Ahndung von Verunreinigungen in der Stadt Siegen entsprechend der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Stadt Siegen vom 19.05.1999, in der Fassung der 1. Änderungsverordnung vom 29.11.2001, umzuset-

zen. Dazu sollen städtische Dienstkräfte aus dem Bereich der Verkehrsüberwachung der Ordnungsbehörde (Politessen) im Rahmen einer Parallelüberwachung eingesetzt werden. Das heißt, dass im Rahmen der erweiterten Überwachungs- und Serviceaufgaben die Kontrollen der Einhaltung der Ordnung und Sicherheit im Ruhenden Verkehr nicht vollends vernachlässigt werden. Dieser Beschluss wurde zwischenzeitlich umgesetzt. Nach entsprechender Abstimmung mit der Polizei wird nun die Einhaltung der Bestimmungen der Ordnungsbehördlichen Verordnung im Rahmen gemeinsamer Streifen verstärkt überwacht.

Räumlich konzentrieren sich die Streifen zunächst auf den Bereich der Unterstadt. Die Beteiligung eines Polizeibeamten an den Streifen ist aus Sicherheitsgründen erforderlich. Beim Einschreiten bei festgestellten Verstößen sollen zunächst Ermahnungen und die Aufforderung zur Beseitigung von Verunreinigungen im Vordergrund stehen.

Sollte eine Ahndung unumgänglich sein, so wird eine Verwarnung ausgesprochen. Die ggf. notwendige Feststellung von Personalien und das Erstellen einer Ordnungswidrigkeitenanzeige erfolgt durch die Polizei. Die weitere Bearbeitung des Ordnungswidrigkeitenverfahrens (Anhörung, Bußgeldbescheid) wird von der Ordnungsbehörde vorgenommen.

Als Grundlage für die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten wegen eines Verstoßes gegen die Bestimmungen der Ordnungsbehördlichen Verordnung ist ein Verwarngeldkatalog aufgestellt worden, welcher als Kurzfassung in der *Anlage* beigelegt ist. Dieser Verwarngeldkatalog legt die Höhe möglicher Verwarnungsgelder für die einzelnen Tatbestände der Ordnungsbehördlichen Verordnung fest.

Bei der Festlegung der Beträge war zum einen der gesetzlich vorgegebene Rahmen für Verwarnungsgelder von 5 Euro bis 35 Euro zu beachten. Zum anderen besteht die rechtliche Notwendigkeit, bei der Verhängung von Verwarnungsgeldern zwischen Vorsatz und Fahrlässigkeit sowie nach der Schwere des Verstoßes differenzieren zu müssen. Somit können keine festen Beträge eingestellt werden, es muss ein Ermessensspielraum eingeräumt werden.

Der Verwarngeldkatalog dient dazu, um bei der Feststellung von Verstößen gegen die Bestimmungen der Ordnungsbehördlichen Verordnung eine sofortige Ahndung an Ort und Stelle vornehmen zu können. Dies setzt allerdings die Mitwirkung des Betroffenen voraus. Sollte dieser mit dem angebotenen Verwarnungsgeld nicht einverstanden sein, so wird eine Anzeige erstattet und ein Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet mit dem Ziel der Festsetzung eines Bußgeldes.

Die Höhe der Geldbuße kann nach § 14 Abs. 3 der Ordnungsbehördlichen Verordnung bis zu 500 Euro betragen. Auch hierbei ist im Einzelfall wieder zwischen Vorsatz und Fahrlässigkeit sowie nach der Schwere des Vergehens zu differenzieren, so dass die Aufstellung eines Bußgeldkataloges mit feststehenden Beträgen für bestimmte Tatbestände nicht geboten ist.

Nach der mehrwöchigen Erprobungsphase mit Dokumentation der Ergebnisse der gemeinsamen Streifen wurde eine erste Auswertung gemeinsam mit der Polizei durchgeführt. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass bei den bislang durchgeführten Streifengängen keine gravierenden Verstöße gegen die Vorschriften der Ordnungsbehördlichen Verordnung festzustellen waren.

Mit Beginn des Frühlings wird eine deutliche Belebung der Innenstadt eintreten. Angestrebtes Ziel ist eine bedarfsorientierte Ausweitung der Streifen nach Anzahl, zeitlichem Umfang und räumlicher Ausdehnung. Hierbei ist allerdings ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass der Einsatz von Dienstkräften der Verkehrsüberwachung in Ermangelung von gesondertem für diese Aufgabe zur Verfügung stehendem Personal zwangsläufig zu einer Reduzierung der Überwachungstätigkeit im Bereich der Verkehrsüberwachung führen kann.

Einrichtung einer Stadtwacht

Aufgrund eines Antrages der CDU-Fraktion hat der Rat der Stadt Siegen in seiner Sitzung vom 27.11.2002 die Verwaltung zusätzlich beauftragt, die Möglichkeit der Einrichtung einer Stadtwacht, bestehend aus zunächst fünf Beschäftigten im Rahmen einer ABM-Maßnahme oder des Projektes „Arbeit statt Sozialhilfe“, umfassend zu überprüfen und die Gesamtproblematik mittels einer Vorlage aufzuarbeiten.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahme

Nach Gesprächen des Fachbereiches 2 mit dem Arbeitsamt Anfang Dezember 2002 bezüglich der Beantragung einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme „Stadtwacht Siegen“ ist Folgendes festzustellen:

1. Der Verwaltungsausschuss des Arbeitsamtes Siegen hat bereits am 02.12.2002 festgelegt, welche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit welcher Priorität im Jahre 2003 abgearbeitet werden sollen. Neue Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen können deshalb im laufenden Jahr keine Berücksichtigung mehr finden. Aufgrund der Reduzierung der finanziellen Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen konnten alle für 2003 beantragten Maßnahmen bei weitem nicht berücksichtigt werden. Für die Berücksichtigung im Jahre 2004 ist bis spätestens September 2003 beim Arbeitsamt ein entsprechender Antrag einzureichen.
2. Das Arbeitsamt hält einen Antrag auf Einrichtung einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme „Stadtwacht“ grundsätzlich für förderungsfähig.

Das Arbeitsamt wird bei der Bewilligung einer solchen ABM maximal drei Arbeitnehmer/-innen zuweisen. Die Zuweisung von fünf Arbeitnehmer/-innen wird ausgeschlossen. Der städtische Finanzierungsanteil bei 3 ABM-Kräften (Grundvergütung durchschnittlich 30.000 Euro je Stelle = insgesamt 90.000 Euro mithin) liegt bei einer optimalen Förderung durch das Arbeitsamt immerhin noch bei insgesamt ca. 20.000 Euro jährlich.

Die entsprechenden Unterlagen sind erarbeitet und könnten je nach Beschlusslage umgehend eingereicht werden. Die Verwaltung empfiehlt allerdings, von einem ABM-Projekt aufgrund der Erfahrungen anderer Städte abzusehen.

Das Iserlohner-Modell auf ABM-Basis wurde im Februar 2002 eingestellt. Auch die Stadt Attendorn hat Ende 2002 ein vergleichbares Projekt auslaufen lassen. Bekanntlich war ein Nachteil der "Iserlohner Stadtwacht", dass die Mitarbeiter nicht über ordnungsbehördliche Befugnisse verfügten. Um auch nach dem Einstellen der "Stadtwacht" kein Vakuum hinsichtlich der Sicherheitslage in der Innenstadt entste-

hen zu lassen, hatte der Rat der Stadt Iserlohn im Dezember letzten Jahres beschlossen, dass künftig drei Außendienstmitarbeiter, ausgestattet mit ordnungsbehördlichen Kompetenzen, in der Iserlohrner Innenstadt eingesetzt werden sollen. Diese Mitarbeiter sind nun als besondere Vollzugskräfte der Stadtverwaltung berechtigt, Personalien festzustellen und Ordnungswidrigkeiten zu ahnden. Für die Einleitung eines ordnungsbehördlichen Verfahrens ist der Verursacher eindeutig festzustellen. Die benötigten Daten könnten die Mitarbeiter auf ABM-Basis lediglich freundlich erbitten, nicht aber die Benennung der Angaben durchsetzen und Verwarnungen aussprechen.

Die Stadt Attendorn will aus den vorgenannten Gründen ebenfalls analog zwei feste Außendienstmitarbeiter einsetzen, um die Defizite im Vollzug ausgleichen zu können.

„Arbeit statt Sozialhilfe“

Nach der Delegationssatzung der Sozialhilfesaufgaben im Kreis Siegen-Wittgenstein obliegt dem Kreis die Aufgabenverantwortung der Hilfe zur Arbeit nach §§ 18 – 20 BSHG. Zu diesem Zweck hat der Kreis eine Arbeitsgruppe „Arbeit statt Sozialhilfe“ eingerichtet, deren Aufgabengebiet primär die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt umfasst. Über das Kreisprogramm „Arbeit statt Sozialhilfe“ können Fördermittel von interessierten Unternehmen und Organisationen beantragt werden. Zielgruppe sind insbesondere arbeitslose Sozialhilfeempfänger, die auf Grund ihrer Qualifikation direkt in den regulären Arbeitsmarkt integriert werden können.

Nach den Richtlinien und ergänzenden Auskünften der Arbeitsgruppe „Arbeit statt Sozialhilfe“ kommt das Projekt „Stadtwacht Siegen“ grundsätzlich für eine Förderung in Betracht. Die Förderung besteht in einem Lohnkostenzuschuss in Höhe der eingesparten Sozialhilfe und ist somit konkret in jedem Einzelfall zu ermitteln. Der Zuschuss beträgt allerdings höchstens 60 % des Arbeitnehmer-Bruttogehaltes inklusive des Arbeitgeberanteiles an der Sozialversicherung. Nach den bisherigen Erfahrungen ist – aufgrund des vorrangigen Kriteriums der eingesparten Sozialhilfe – tatsächlich ein Zuschuss von deutlich weniger als 60 % zu erwarten.

Des Weiteren wird der Lohnkostenzuschuss maximal für 12 Monate bzw. bei Personen ab 50 Jahren für maximal 18 Monate gewährt. Die Arbeitsgruppe „Arbeit statt Sozialhilfe“ des Kreises Siegen-Wittgenstein hat der Stadt Siegen diese maximale Dauer der Förderung zugesichert unter der Voraussetzung, dass eine Anstellung für mindestens 24 Monate erfolgt.

Zudem wurde eine Sichtung der für die Tätigkeit in Betracht kommenden Personen, welche derzeit im Sozialhilfebezug stehen, vorgenommen. Diese Prüfung hat ergeben, dass die betreffenden Personen im Einzelfall monatlich laufende (ergänzende) Hilfe zum Lebensunterhalt in Höhe von ca. 100 Euro - 900 Euro beziehen. Somit ist im günstigsten Fall ein Lohnkostenzuschuss von 900 Euro zu erwarten.

Dem stehen jedoch die Aufwendungen der Stadt Siegen für die Beschäftigung der Personen gegenüber. Bei einer Eingruppierung der Beschäftigten in die Vergütungsgruppe VII BAT würden sich die Personalkosten – je nach Alter und Familienstand – im Bereich von ca. 2.500 Euro - 3.000 Euro monatlich bewegen. Bei einem maximalen Förderbetrag von 900 Euro im Monat wären also immer noch mehr als 60 % der Personalkosten von der Stadt Siegen selbst aufzubringen. Nach 12 bzw. 18 Monaten

sind die Personalkosten dann für ein Jahr bzw. 6 Monate in vollem Umfang von der Stadt Siegen zu tragen. Je nach Einzelfall-Gestaltung kann also ein städtischer Anteil in der Bandbreite von 2.100 Euro bis 2.900 Euro monatlich je Beschäftigten liegen.

Vor dem Hintergrund des der Verwaltung anlässlich der Beschlussfassung über den Haushalt 2003 zur Verfügung gestellten („gedeckelten“) Personalkostenetats können die aus dem Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ bei der Stadt verbleibenden Eigenmittel nicht haushaltsverträglich finanziert werden.

Fazit

Als vorläufiges Ergebnis der Prüfung lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt feststellen, dass sich eine Stadtwacht für Siegen über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen frühestens im nächsten Jahr und dann auch nur mit maximal drei Mitarbeitern realisieren lassen wird. Aufgrund der Erfahrungen in anderen Städten sollte das Vorhaben „Stadtwacht“ auf ABM-Basis jedoch nicht weiter verfolgt werden.

Eine Verwirklichung des Projektes im Rahmen des Förderprogrammes „Arbeit statt Sozialhilfe“ ist grundsätzlich möglich und wäre aus ordnungsbehördlicher Sicht gegenüber dem ABM-Modell zu präferieren, hat jedoch die zuvor dargestellten Auswirkungen im Personalkostenbereich. Zudem ist zu bedenken, dass diese Fördermöglichkeit wie AB-Maßnahmen befristet ist und sich nach Ablauf der Förderdauer die Frage der Fortführung des Projektes bzw. der Übernahme der Beschäftigten in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis stellt.

Eine Realisierung des Projektes „Stadtwacht“ unter Inanspruchnahme von Fördermitteln aus dem Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ kann für 2003 wegen der damit verbundenen Haushaltsbelastungen nicht empfohlen werden. Hierüber sollte im Rahmen der Haushalts-/Stellenplanberatungen 2004 erneut befunden werden. Um die Präsenz städtischer Ordnungskräfte in der Öffentlichkeit zu verstärken, verbleibt demnach zunächst die Fortführung und Intensivierung der bereits begonnenen gemeinsamen Streifengänge mit der Polizei unter Einsatz von vorhandenem Personal.

In Vertretung

Reinhold Baumeister
I. Beigeordneter

Anlagen: Verwarngeldkatalog